

**Historiographie -
Traditionsbildung, Identitätsstiftung und Raum:
Südwestdeutschland als europäische Region**

Internationale Fachtagung veranstaltet vom Institut für Geschichtliche Landeskunde und
Historische Hilfswissenschaften der Universität Tübingen zu seinem 50jährigen Jubiläum
Tübingen, 4. bis 6. November 2004

Die Internationale Fachtagung aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums des Instituts für Geschichtliche Landeskunde und Historische Hilfswissenschaften der Universität Tübingen hatte es sich zum Ziel gesetzt, nach den Zusammenhängen und Abhängigkeiten zwischen Traditionsbildung, Identitätsstiftung und Raum in der Historiographie zu fragen. Die ursprünglich große territoriale Vielfalt des deutschen Südwestens und die Tatsache, dass hier die räumliche Identifikation über Jahrhunderte hinweg auch die heutigen Nachbarn in der Schweiz, in Frankreich oder in Bayern ganz selbstverständlich mit einbeziehen konnte, erschienen als besonders geeignet, diese Kontexte zu erforschen. In einem chronologischen Längsschnitt wurde die Entwicklung in Südwestdeutschland dezidiert der europäischen und gesamtdeutschen Entwicklung gegenübergestellt.

Nach Grußworten des Institutsdirektors Prof. Dr. Sönke Lorenz und des Dekans der Fakultät für Philosophie und Geschichte, Prof. Dr. Anton Schindling, führten *Sabine Holtz* (Tübingen) sowie *Jürgen Michael Schmidt* (Tübingen) gemeinsam in das Thema des Symposions ein und erläuterten die Struktur des Programms. Sie betonten das aktuell sehr hohe Interesse der Forschung wie der Öffentlichkeit am Thema und stellten einzelne geschichtswissenschaftliche Projekte vor, die sich dem Thema mit ähnlichen Ansätzen, aber auf teilweise recht unterschiedliche Art und Weise, annäherten. Daran anknüpfend entwickelten sie die eigenen übergreifenden Fragestellungen: Welche räumliche Identität findet sich bei den Geschichtsschreibern des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit? Welche Positionen bestimmen in dieser Frage die moderne Geschichtswissenschaft, die sich seit dem 19. Jahrhundert in ganz verschiedene Teildisziplinen herausgebildet hat? Und umgekehrt: Inwieweit sind die Historiker selbst mit ihren Arbeiten identitätsstiftend tätig geworden und haben sich in den Dienst welchen Vaterlandes gestellt? Und auf der höchsten Abstraktionsstufe: Welchen Stellenwert haben Nation, Staat, Land und Region zu welcher Zeit und in welchen historischen Schulen als historische Kategorie? Es gerät also die kleinräumige Identitätsstiftung in der Historiographie und der Umgang der Wissenschaft damit ins Blickfeld. Beispielregion soll Südwestdeutschland sein.

Anschließend eröffnete *Dieter Mertens* (Freiburg) die Vortragsreihe mit dem chronologisch frühesten Beitrag über die „Deutsche Nationalgeschichte um 1500: soziale, formale und materiale Konstituenten“, in deren Mitte die „*Epitome rerum Germanicarum*“ (1505) des Humanisten Jakob Wimpfeling standen. Paul Joachimsen hat das Geschichtswerk als erste deutsche Geschichte, die nicht den Anspruch einer Weltgeschichte für sich einnimmt, charakterisiert. Nach Wimpfeling's Selbsteinschätzung ist seine schriftstellerische Motivation zunächst pragmatisch: die zeitgenössische Rezeption der Nationalgeschichten ist groß. Des Weiteren will er ausgehend von den alten Geschichtsschreibern die Ruhmestaten der Deutschen darstellen, auf dass die Deutschen diese verbreiten. Besonders hervorzuheben ist die Fähigkeit Wimpfeling's, neue Entwicklungstendenzen präzise wahrzunehmen und darauf zu reagieren. So beschreiben die „*Epitome*“ „die Nationalisierung Europas im Medium der Historiographie, und zwar der gedruckten Historiographie“.

Zwar gaben Herrscher Nationalhistoriographien in Auftrag, doch wurden sie noch immer in der transnationalen Hochsprache Latein verfasst – ein Zeichen für ihre Funktion als literarisches Prestige- und Steuerungselement. Dabei war die Tätigkeit humanistischer Historiographen formal und inhaltlich von antiken Geschichtsschreibern beeinflusst. Infolgedessen wandelte sich die Definition der Deutschen von ihrer Herkunft (mittelalterliches Modell der „deditio“) hin zum römischen Modell der Autochtonie. Trotz der gegensätzlichen Modelle bleibt aber ein gemeinsames Grundmuster erkennbar wie etwa in der Beschreibung der fünf „gentes Germanicorum“.

Mit der Vorstellung der „Epitome“ an den Rechtsfakultäten von Bologna und Orléans erhält die Nationalhistoriographie eine bestimmbare Funktion als Mittel der Selbstidentifizierung in der Fremde, so dass Mertens die deutschen Universitätsnationen im Ausland als „soziale Orte“ der frühen deutschen Nationalhistorie erklärt. Nicht nur die Nation (natio), sondern auch ihre Region (patria) dient den Historiographen als Anhaltspunkt der eigenen Identifikation und wird pflichtgemäß in den Werken als „patriotischer Exkurs“ einbezogen.

Geographisch bewegte sich *Rudolf Gamper* (St. Gallen/Winterthur) mit seinem Beitrag über den südwestdeutschen Raum hinaus und zeigte den „Deutungswandel in den Herkunftsgeschichten der Zürcher Chroniken (14. bis 16. Jahrhundert)“ und die darin sichtbare Veränderung der städtischen Erinnerungskultur sowohl in (konfessions-)politischer als auch in historisch-methodischer Hinsicht auf. Die älteste deutschsprachige Zürcher Chronik, geschrieben um 1339, führt den Ursprung der Stadt auf die Gründung durch zwei Könige, Turicus und Swevus (einen Nachfahren Noahs), zurück und beruft sich damit auf die Deutung des damaligen Namens Turegum als „civitas duorum regum“ sowie Zürichs als „Zwü-Rich“, zwei Reiche-Stadt. Diese Erzählung erwies sich als überaus erfolgreich, nicht zuletzt, weil sie eine ganze Reihe bislang unverbundener lokalgeschichtlicher Tradierungen (auch hinsichtlich der Stadtheiligen) bündelte und dazu beitrug, die Einheit der Stadt nach dem Umsturz von 1336 zu konsolidieren.

Die Stellung, die diese Chronik im späten 14. und 15. Jh. einnahm, blieb innerhalb der Eidgenossenschaft unerreicht; lediglich in Bern entstand eine ähnliche Chronik, jedoch als Auftragswerk. Hier wird auch der Wandel im Erzählstil, der Mitte des 15. Jhs. eintrat und in der Zürcher Chronik nur marginal sichtbar ist, besonders deutlich: Aus der bis dahin dominierenden, knappen Darstellung wurden nun lange Handlungsstränge, die auch die Motive der Entscheidungsträger erklärten.

Mit dem Bekanntwerden von Caesars „De bello Gallico“ und der „Entdeckung“ der dort beschriebenen Tiguriner in den 1480er Jahren wurde die Geschichte der Stadt auf eine neue Basis gestellt: Die Tigurini, so der Chronist Heinrich Brennwald, seien die Turgöuwer und Zürich die Hauptstadt eben jenes helvetischen Gaus. Er verband dies weiterhin lose mit der Turicus-und-Swevus-Erzählung und formulierte ein historisches Argument, das dazu diente, den Vorrang Zürichs innerhalb des eidgenössischen Bündnissystems zu betonen.

In der innovativen historischen Forschung der 1530er und 1540er Jahre wurden beide Zürcher Herkunftsgeschichten von führenden Historikern in Frage gestellt. Bereits in den 1560ern jedoch wichen die Zweifel; die Turicus-Geschichte bot eine zusätzliche Möglichkeit, die Rechtgläubigkeit der Zürcher zu belegen, indem man ihre Religion direkt auf biblische Urväter zurückführte. Im Laufe des 17. Jhs. flaute das Interesse offenbar ab, wenn auch die Geschichten weiterhin tradiert wurden, bis die Entdeckung eines römischen Grabsteins 1747 belegte, dass Zürich als gallische Zollstation den Namen Turicum getragen hatte. Weder Turicus noch die Tiguriner konnten sich danach im kulturellen Gedächtnis halten; die Zürcher verließen sich ab sofort auf neue, historisch verbürgte Quellen und die damit verknüpften Geschichten.

Unter drei Gesichtspunkten betrachtete *Gerhard Wolf* (Bayreuth) die „Dynastische Geschichtsschreibung ohne Territorium. Die Chronik der Grafen von Zimmern“: Er untersuchte (1) die Rolle des zimmerschen Territoriums, (2) die Funktion der narrativen bzw. literarischen Gestaltung großer Chronikpassagen und

(3) den Zusammenhang zwischen dem zimmerschen Territorialbewusstsein und der spezifischen Gestaltung der Chronik.

Der Chronist Froben von Zimmern (1516/1519 – 1567) sprengte in seinem monumentalen Werk den üblichen Rahmen einer Hauschronik, die klassischerweise Herkommen, Genealogie und ein Verzeichnis der wichtigsten Ereignisse umfasste und funktionell sowohl Identität stiften als auch politische Leitlinien entwerfen sollte. Statt dessen narrativierte er nicht nur Biographien, sondern auch Anekdoten und Schwänke. Die Rolle des Territoriums ist eher untergeordnet: In der Anfangsphase wird das Herkommen von den Kimbern dargestellt, die Übergangszeit bis ins 14. Jh. wird mit freien Erfindungen überbrückt; territoriale Strategien oder eine Identifikation mit dem Territorium finden sich kaum. Selbst bei späteren beachtlichen Besitzausdehnungen entsteht kein territoriales Bewusstsein. Die narrativen Elemente sind oftmals der zeitgenössischen Literatur entnommen und an die lokale Situation angepasst; sie dienen jedoch weniger der Unterhaltung, vielmehr kommentieren sie das Handeln der Dynastie. Am Ende der Chronik wird auch diese kommentierende Funktion nicht weiter verfolgt; was folgt sind anthropologische Erzählungen von Geistern, Sexualität etc. Froben bemühte sich augenscheinlich um Multiperspektivität im Blick auf Dynastiegeschichte und Zeitgenossen. „Dynastische Identität wird [...] durch ein gemeinsames Schicksal, den fortdauernden Wechsel zwischen Aufstieg und Niedergang dieses [...] Geschlechts und nicht durch ein gemeinsames und von alters her besetztes Territorium hergestellt. In der Chronik wechselt Froben langsam das Paradigma, nicht mehr der Stand, sondern die Ökonomie wird zum entscheidenden Kriterium.“

Rainer Babel (Paris) beschrieb die Geschichtsschreibung „Zwischen Frankreich und Deutschland“ und stellte seine Forschung zu „Historiographie und nationale[m] Bewusstsein in Lothringen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert“ vor. Nach einer groben Skizze des Verhältnisses Lothringens zum Deutschen Reich wurden die durch Kontrollansprüche spannungsgeladenen Beziehungen des Herzogtums zu den Reichstädten Metz, Toul und Verdun sowie zu den gleichnamigen Stiften thematisiert. Die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts ist als kulturell produktive Epoche zu werten, in der mehrere vom Hof geförderte Werke zur lothringischen Geschichte veröffentlicht wurden. Erst in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges erlosch die historiographische Tätigkeit nahezu, lebte jedoch im 18. Jahrhundert in der Landeshistoriographie wieder auf.

Auf Beispiele zurückgreifend, untersuchte Babel zunächst vier Geschichtswerke (aus der Zeit von 1510 bis ca. 1550), deren Autoren sich im Umfeld des Hofes bewegten. Im Vergleich lassen sich Gemeinsamkeiten ausmachen: Lotharingen entstand aus Austrasien und wurde später nach dem Kaiser Lothar benannt, der Rang der lothringischen Herzöge war außergewöhnlich und konnte Königen gleichgesetzt werden; ferner wurde Verlust oder Entfremdung territoriumseigener Gebiete mehr oder weniger klar als Vorgang beschrieben, der rückgängig gemacht werden sollte. Die Darstellungen unterscheiden sich in Nuancen (etwa in der Beschreibung der Landeserweiterung als Expansion oder als Rückführung einst verlorener beziehungsweise unabhängig gewordener Gebiete wie die Reichsstädte) oder auch in Modellerweiterungen (zum Beispiel im Umfang des Territoriums). Überhaupt stand die Herkunft im Vordergrund und diente als Konstruktion, die den Herrschaftsanspruch der Herzöge über kleinere Herrschaften legitimierte.

Dem setzte der Referent die Geschichtsschreibung aus den Hochstiften und Reichstädten gegenüber, wie die „Histoire de la Gaule belgique“ (1549) Richard de Wassebourges, eines Kanonikers aus dem Bistum Verdun. Sie bediente eher die Ansprüche anderer regionaler Herrschaftsträger. So war Wassebourg an der Geschichte der Region als Teil der alten „Gaule belgique“, die von der „Gaule celtique“ und der „Gaule aquitaine“ differenziert werden muss, interessiert. Das „Bewusstsein von einer Ursprungs- oder Abstammungsgemeinschaft“ verband die Bewohner trotz fehlender gemeinsamer Herrschaft. Nichtsdestotrotz gingen „eine regionale Identität und eine Angehörigkeit zu einer solchen [...] anders als bei den bisher zitierten Beispielen keineswegs Hand in Hand“. Abschließend verneinte Babel die Frage, ob man im Falle Lothringens von einer regionalen Identität sprechen kann, da sowohl die Definition Lothringens als auch des Lothringers dem Blickwinkel des jeweiligen Betrachters unterliegt.

Den Vortrag auf „Südwestdeutschland vom 17. bis ins 19. Jahrhundert“ eingrenzend, richtete *Michael Klein* (Stuttgart) sein Augenmerk auf die „Dynastiegeschichte, Landesgeschichte und Landesbeschreibung“. Unter Berücksichtigung zahlreicher gedruckter wie auch handschriftlicher Beispiele zeichnete er erste Grundlinien der südwestdeutschen Historiographie nach. Vor allem im Zeitalter der Reformation, als Fragen nach den Ursprüngen der eigenen Identität virulent wurden, und mit Beruhigung der politischen Verhältnisse seit den 1550er Jahren sei allorts eine Zunahme der Geschichtsschreibung und -forschung zu beobachten.

Mit dem wachsenden Interesse an der Landesgeschichtsschreibung sind vor allem für das herzogliche Archiv historische Nachrichten gesammelt worden. An der Schwelle vom 16. zum 17. Jahrhundert entstanden dann historiographische Arbeiten, die sich an Werke aus der Zeit des Humanismus anlehnten. Zeitgleich entwickelten sich die Chroniken des Hauses Württemberg zu besonderen Beschreibungen des Landes. Klein erklärte, dass durch die allmähliche Entwicklung des Landes zum geschlossenen Territorium dessen hinzugewonnenen Gebiete eine von der dynastischen Geschichte unabhängige Historiographie nahe legten. Während man sich zunächst primär am Leitfaden der Hausgeschichte orientiert hatte, entwickelte sich allmählich eine davon getrennte Geschichtsschreibung, die Küng „Choreographia“ nennt und für die später der Terminus „Landbuch“ steht. Die Landbücher und davon abgeleitete Mischformen könnten „als Vorläufer der Beschreibungen des Königreichs Württemberg im 19. Jahrhundert gesehen“ werden.

Als nicht unproblematisch stellte *Stefan Jordan* (München) „Die Entstehung der modernen Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zu Land und Region“ dar. Im Anschluss an seine Definition des Beginns der Moderne als Zeitraum zwischen 1750 und 1850 arbeitete Jordan vier Aspekte der neuen Geschichtswissenschaft heraus: Verwissenschaftlichung, Verfachlichung, Nationalisierung und Narratisierung. Im Gegensatz zur Gattung der „Allgemeinen Geschichte“ in der Aufklärungszeit, die Geschichtsschreibung ethischen Maximen und einer teleologischen Betrachtungsweise unterordnete, betonte die moderne Geschichtswissenschaft seit Beginn des 19. Jahrhunderts das Ideal der „Geschichte als Selbstzweck“ und den humboldtschen Bildungsbegriff. Darüber hinaus kommen die Einheit von Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung sowie das Streben nach Objektivität auf der Basis von Quellen und Rationalisierung als weitere, abgrenzende Wesensmerkmale des Prozesses der Verwissenschaftlichung hinzu.

Als Verfachlichung bezeichnete *Jordan* die personelle, institutionelle und organisatorische Etablierung der Geschichtswissenschaft und damit einhergehend deren Vereinseitigung auf eine politikgeschichtliche Ausrichtung und die Ausgrenzung der als „Dilettanten“ betrachteten nicht-universitären Forscherwelt. Die Verbindung von Geschichtswissenschaft und Nationaldenken datierte er erst in die Zeit des Vormärz und 1848, als die bis dahin vorherrschende Suche nach Zugehörigkeit zu einer kulturellen Gemeinschaft abgelöst wurde durch das Streben nach einem mit politisch-militärischer Durchsetzungskraft ausgestatteten Staat. Narratisierung als letzter Aspekt bezeichnete bei *Jordan* die Ausrichtung der Historiographie am Ideal der „Anschaulichkeit“, wie sie mit Rankes Reisebeschreibungen und historischen Romanen als Orientierungspunkt angestrebt wurde.

„Land“ und „Region“ spielten in der aufgezeigten Entwicklung zunächst nur eine marginale Rolle, dachten doch Historiker, wenn sie beispielsweise sächsische Geschichte schrieben (wie K.A. Engelhardt 1800/03) an die sächsische Nation und schrieben somit Nationalgeschichte mit einem engeren Nationsbegriff. Regionale Geschichtsschreibung wurde demnach nur von nicht-universitären Forschern wie Archivaren und Lehrern betrieben, die sich auf Grund von Einschränkungen, denen sie sich gegenübersehen, auf die Geschichte „vor Ort“ konzentrierten. Als Desiderat postulierte *Jordan* eine Untersuchung weiterer Faktoren wie dem Gefühl föderaler Zusammengehörigkeit, der wachsenden Urbanisierung, der Agrarstaatsdebatte sowie der Einflussnahme anderer Disziplinen, um so der Geschichte der Landeshistoriographie gerecht werden zu können.

Auf ein Jahrhundert später richtete *Wilhelm Janssen* (Düsseldorf/Bonn) seinen Blick. Unter dem Titel „Ein programmatischer Neuanfang im 20. Jahrhundert: Die Geschichtliche Landeskunde“ bot er einen Durchgang

durch das Konzept, wie es von Herrmann Aubin zu Beginn der 1920er Jahre entwickelt worden war, und thematisierte die Prozesse der Selbstdefinition, die die weitere Genese des Fachs mit sich brachte. Die Konzeption im Aubinschen Sinne lässt sich vereinfachend in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Sie wendet sich ab von staatlich bzw. administrativ begrenzten Räumen hin zu solchen, die nach inhaltlich-materialen Kriterien, d.h. Kulturentwicklung geformt sind.
2. Vorbedingung ist dabei die Ablösung von der Politik als Hauptgegenstand des historischen Interesses zugunsten der Kultur im Sinne der alltäglichen Lebensäußerungen der breiten Bevölkerung.
3. Methodisch stellt hier die Anwendung der Kartographie ein wesentliches Kennzeichen dar.
4. Notwendig für raumbezogene Geschichtsforschung ist ein Zusammenwirken vieler Disziplinen, in die sich der Historiker, so das Postulat, dergestalt einarbeiten muss, dass er deren Ergebnisse nachvollziehen kann.
5. Trotz ihres besonderen Konzepts bleibt die Geschichtliche Landeskunde weiterhin in die allgemeine (deutsche) Geschichte eingebunden und auf sie hingebunden.

Dass die Vorgehensweise nicht gänzlich neu war, hatte bereits Aubin selbst eingeräumt; was er jedoch versäumt hatte, war eine konkrete Definition des Kulturraum-Begriffes. Edith Ennen versuchte eine solche 1970 nachzuholen, leider mit dem Manko, dass der Kulturraum lediglich aus der Außenperspektive beschrieben wurde. Franz Steinbach, einer der Hauptträger der „Bonner Schule“, die sich zuvorderst mit dem Fach beschäftigte, sprach indes lieber von „Geschichtslandschaft“ – nicht zuletzt versuchte er damit, die politischen Implikationen des Kulturraum-Konzeptes zu problematisieren. Als eigentliche Schwäche bleibt die fehlende Hierarchisierung der zu untersuchenden Einzelmerkmale zu konstatieren. Was bis heute nachwirkt, ist neben den in jener Zeit entstandenen Periodika vor allem das Vermächtnis von Franz Petri, der programmatisch „statuierte, dass ‚moderne Landesgeschichte (also geschichtliche Landeskunde) nicht eine Frage der Wahl eines Themas aus dem Bereich der Landesgeschichte, sondern eine bestimmte Art der wissenschaftlichen Behandlung allgemeinesgeschichtlicher Probleme‘ darstelle“.

Über nationalsozialistische Einflüsse in der Geschichtswissenschaft referierte *Winfried Speitkamp* (Gießen) in seinem Vortrag zu „Nationalsozialismus und Landesgeschichte“. Der Blick auf die Forschung zur institutionellen Entwicklung der Landesgeschichte seit Januar 1933 verdeutlichte, dass der Bereich nicht ausreichend erforscht ist und selbst neue Sammelbände zur Geschichte der Landesgeschichte die NS-Zeit übergehen. Historische Vereine waren allmählich gleichgeschaltet und „gesäubert“ worden, in einer Zeitspanne, die sich mindestens von Februar 1933 bis Frühjahr 1934 erstreckte. Einzelne Vereine haben dabei sehr verschiedene Entwicklungsrichtungen eingeschlagen, eine einheitliche Verhaltensstrategie sei nicht erkennbar. Durch die Neugründung landeshistorischer Institute und Forschungsstellen neben Universitäten hatte sich die Vielfalt sogar noch vergrößert. „Von Gleichschaltung im Sinne einer Vereinheitlichung und Zentralisierung kann nicht die Rede sein“, so Speitkamp.

Die Debatte um die methodische und inhaltliche Ausrichtung der Landesgeschichte im Dritten Reich drehte sich um die Frage, ob eine sich als nationalsozialistisch verstehende Forschung als wissenschaftlich innovativ angesehen werden kann. Gleichzeitig weist sie auf ein methodisches Problem der Geschichte der Geschichtswissenschaft: zwar werden bekannte, schulbildende Historiker in den Vordergrund gerückt, doch gerade die Landesgeschichte ist neben der universitären Forschung mit Vereinen und Kommissionen verzahnt, so dass die Arbeit des Durchschnittshistorikers eine weitaus treffendere Aussage über die nationalsozialistischen Einflüsse zu bieten vermag. Ein weiterer Aspekt ist die Frage nach der Legitimation der Arbeit der Geschichtsvereine, die ihre Begründung in der Öffentlichkeitsarbeit als identitätsstiftendes Wissen über Regionen fanden. Zuletzt fasste Speitkamp die Tendenzen der Landesgeschichte zusammen:

1. Es wurde versucht, angesichts der neuen politischen Ansprüche die Fachkompetenz der Landeskunde zu unterstreichen.
2. Teilweise scheute man sich nicht, für die Bedeutung des eigenen Themas mit nicht immer passenden Argumenten aus der nationalsozialistischen Ideologie heraus zu argumentieren.
3. Es gab eine von nationalsozialistischen Zielen hervorgerufene oder stark beeinflusste Forschung, wie die Aufwertung der Vor- und Frühgeschichte.

Kritik an der noch kaum begonnenen Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der Geschichtswissenschaft übte *Benigna Schönhagen* (Tübingen/Augsburg) gleich zu Beginn ihres Vortrags über die „Südwestdeutsche Landes- und Ortsgeschichte im Nationalsozialismus“. Auch die Erscheinung umfangreicher Überblicksdarstellungen hat keine Diskussion auslösen können. Geographisch beschränkte sich die Referentin auf Württemberg, zeitlich auf die Jahre 1933 bis 1945 und institutionell auf die „Württembergischen Jahreshefte zur Landesgeschichte“ und deren Nachfolgerin ab 1937, die „Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte“ (ZWLG).

Die Württembergischen Jahreshefte wurden seit 1892 unter anderem von der Kommission für Landesgeschichte, die personell und institutionell mit anderen landesgeschichtlichen Vereinen verzahnt war, herausgegeben. Als 1918 „die dynastische Rückbindung“ der landesgeschichtlichen Forschung entfiel, verlagerte sich das Themenfeld insbesondere auf die frühmittelalterliche Besiedlungsgeschichte. Folglich „fügte sich die Zeitschrift problemlos in das nationalsozialistische Geschichtsbild und überstand den Machtwechsel [...] bemerkenswert konfliktfrei“, weshalb das Jahr 1933 nicht als Zäsur zu werten ist. Die Kommission war erst 1936 gleichgeschaltet worden und ging mit der Einführung des Führerprinzips, dem Wechsel der Leitung und der Entlassung von Mitgliedern, deren Regimetreue und -anpassung bezweifelt wurde, einher. Auch nach der Namensänderung der Zeitschrift wurde Landesgeschichte vorrangig als Volkstumsgeschichte betrieben. Die Kommission für Landesgeschichte hat sich, ohne dass ein Zwang aus den Akten sichtbar wäre, an der Erforschung der Judenfrage beteiligt.

Schönhagen räumte ein, dass auch nach 1933/1936 Artikel, die „keine nationalsozialistischen Ideologeme oder nur verbale Verbeugungen enthielten“, publiziert wurden und es sehr wohl Historiker gab, die nicht im nationalsozialistischen Sinne argumentierten. Diese Fälle bedürften jedoch detaillierter Untersuchung. Die Jahre 1933 und 1945 lassen keine deutlichen Einschnitte erkennen, manche Mitglieder waren nach 1945 zeitweise von der Kommission ausgeschlossen. Es gab zwar Artikel und Rubriken, in denen beispielsweise die Besatzungszeit thematisiert wurde, allgemein wurde die Kriegsvergangenheit aber verdrängt und die Verbindung zur eigenen Geschichte nicht anerkannt.

Rolf Kießling (Augsburg) widmete sich unter dem Titel „Landesgeschichte in Bayern nach 1945 und der bayerische Blick auf Württemberg“ detailreich den verschiedenen Ausprägungsformen der Landesgeschichte in Altbayern (München) und Bayerisch-Schwaben (Augsburg), mit einem vergleichenden Blick auf Württemberg.

In München war es die „starke Betonung der bayerischen Staatlichkeit“, die die Entwicklung des Faches charakterisierte; sie war sowohl Ausgangs- als auch Zielpunkt der Forschung der ‚Spindler-Schule‘ die als Ergebnis unter anderem den ‚Historischen Atlas von Bayern‘ präsentieren konnte. Unter Karl Bosl (seit 1960 Lehrstuhlinhaber) kam es zu einer Öffnung in Richtung Gesellschafts- und Strukturgeschichte; anhand der Untersuchung von Einzelfällen, von lokalen und regionalen Zusammenhängen, sollte zu Typen vorgestoßen werden, die „Landesgeschichte zur ‚Grundlage für die Universalgeschichte‘“ machen.

Augsburg bzw. Ostschwaben – anders als Altbayern nie staatlich verfasst – musste sich als historische Landschaft erst selbst entdecken und als eigenständige Landesgeschichte aus dem Schatten von München-Altbayern und Tübingen-Württemberg lösen. Orientierungspunkte stellten dabei die traditionelle historisch-

statistische Bistumsgeschichte, die reichsstädtische Geschichtsschreibung sowie die Impulse aus München dar, an die man sich anlehnte. Pankraz Fried, der Augsburger Vertreter der Landesgeschichte, sah den Schwerpunkt der Ausrichtung als integrierende Disziplin in der ‚Anwendung der strukturgeschichtlichen Methode‘ und der Betonung der Länder gegenüber einem ‚verblaßten Nationalstaat‘.

Wenig Eingang in die bayerische Landesgeschichte fand die seit den 1970er Jahren diskutierte ‚Regionalgeschichte‘; es wurden statt dessen vehemente Abwehrkämpfe gegen den als unscharf empfundenen Regionenbegriff geführt. Ganz im Einklang mit dem Thema des diesjährigen Historikertages drehte sich die Frage des Referenten im Folgenden um die „Faktoren, die historische Räume generell konstituier(t)en“; sowohl das herrschaftsgeschichtliche Verständnis als auch die Definition als Raum, „in dem sich Geschichte abspielt“ (Handlungsraum). Der konstruktivistische Aspekt der Kommunikation und des Gruppenbewusstseins fanden dabei Erwähnung. Der deutsche Südwesten gehöre „zweifelloos zu den Räumen, in denen diese Kategorien besonders fruchtbare Anwendung finden“ könnten, konstatierte Kießling, und endete mit einem Plädoyer für die Suche und Analyse von Interaktionsräumen als möglichen Zugriff landesgeschichtlicher Forschung.

Eher finster fiel der abschließende Beitrag „Landesgeschichte in Baden-Württemberg und ihre Perspektiven für die Zukunft“ aus. *Sönke Lorenz* (Tübingen) schilderte auf drastische Weise die Misere, zu der die öffentliche Finanz(spar)politik an den Hochschulen des Landes führt. Trotz äußerst positiver Ranking-ergebnisse für die Tübinger Geschichtswissenschaft und wachsender Studentenzahlen verschlechtert sich die Haushaltslage zusehends. In besonderem Maße davon betroffen ist das Institut für Geschichtliche Landeskunde und Historische Hilfswissenschaften, das mit einer Professur und einer Assistentenstelle über lediglich zwei besoldete Stellen verfügt.

Inhaltlich ist die Arbeit des Instituts vor allem geprägt von einer breiten interdisziplinären Zusammenarbeit, deren Partner Mittelalterarchäologen, Anthropogeographen und andere sind. Außer in Tübingen existieren noch landesgeschichtliche Institute in Heidelberg, Freiburg und Stuttgart, die allerdings alle zur Disposition stehen oder bereits – wie in Heidelberg – ihre Eigenständigkeit de facto verloren haben. Einzige Lichtblicke, so Lorenz, sind der Aufbau des „Hauses der Geschichte Baden-Württembergs“, der jedoch die Forschung zugunsten der Vermittlung benachteiligt, sowie, und hier völlig uneingeschränkt, die Tätigkeit des Fördervereins des Instituts für Geschichtliche Landeskunde und Historische Hilfswissenschaften in Tübingen. Dieser trägt nicht nur die Hauptkosten der Tagung, sondern finanziert Publikationen und Hilfskräfte, Aufgaben, von denen man sich wünschen würde, dass sie wieder von den Hochschulen übernommen werden. Mit einem erneuten Dank an den Förderverein und der Aussage, man „halte den Kurs“, beschloss Lorenz mit diesem Plädoyer seinen Beitrag, der wenig Licht am Horizont der landesgeschichtlichen Zukunft erkennen ließ. Eine Publikation der Tagungsbeiträge ist in Vorbereitung.

Tanja Granzow, Dorothea Wolf

Kontaktadresse:

Dr. Jürgen M. Schmidt und PD Dr. Sabine Holtz
Institut für Geschichtliches Landeskunde und
Historische Hilfswissenschaften
der Universität Tübingen
Wilhelmstr. 36
72074 Tübingen
juergen-michael.schmidt@uni-tuebingen.de
Sabine.Holtz@uni-tuebingen.de

Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2005.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München
Telefon: 089 – 13 47 29, Fax: 089 – 13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2005, Nr.002
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2005/002-05.pdf>